

# **Landesbibliothek Oldenburg**

## **Digitalisierung von Drucken**

[urn:nbn:de:gbv:45:1-52124](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-52124)

Von dieser Zeitschrift erscheinen wöchentlich zwei Nummern, jede zu mindestens  $\frac{1}{2}$  Bogen.

# Neue Blätter

Preis des Jahrgangs 2 Nthlr. Courant; mit Porto, soweit die Großh. Oldenb. Posten gehen, 2 Nthlr. 24 gr. Courant.

für

## Stadt und Land.

### Sechster Jahrgang.

Sonnabend, 23. September.

1848.

N<sup>o</sup>. 77.

#### Aus einem Privatbriefe.

Frankfurt, Sept. 17. 1848.

— Drei Tage hatte der Kampf gedauert; gestern wollte man nicht länger vertagen, und so geschah es, daß die Sitzung 11 Stunden unterbrochen anhält. Aber nichtsdestoweniger konnte Keiner bis zum letzten Augenblick der Abstimmung mit einiger Gewißheit sagen, wie die Sache ausfallen werde. Denn so überzeugend und klar, nach meinem gewissenhaften Dafürhalten, die wahre Lage der Dinge besonders in den Reden von Jordan aus Berlin und v. Vincke, der meisterhaft und mit ritterlich-offenem Bistier gesprochen hat, so wie auch in der skelettirenden Auseinandersetzung von Blömer zu Tage gelegt worden war, und so gewichtig es auch scheinen konnte, daß der alte Arndt aus der Majorität zur Minorität des Ausschusses übertrat und letztere dadurch zur Majorität machte, so konnte man sich auf den moralischen Einfluß doch nicht so wie sonst wohl verlassen, weil die ganze linke Seite (das linke Centrum miteingegriffen) die Verwerfung zur Parteifrage erhoben und dadurch ihre Mitglieder gebunden hatte. Daher kam es auch, daß dieß Mal von der linken Seite auch kein einziger Verbesserungsantrag erfolgte: man wollte entschlossen den äußersten Antrag des Majoritätsgutachtens. Dieser die Stimmen fesselnden Taktik der Linken gegenüber, beobachtete nun die andere Seite eben so entschlossen die Taktik, die beiden ersten Sätze jenes Gutachtens, weil sie durch die Mo-

tivierung logisch Eins geworden, nicht getrennt zur Abstimmung kommen zu lassen, und da hiefür trotz aller Anstrengungen der Linken bei einer zweimaligen Abstimmung die Majorität gewonnen wurde, da ferner auch der durchaus ungehörige Kunstgriff, mit dem Wurm als Berichterstatter den zweiten Satz fallen lassen wollte, nichts versing (mehrere Mitglieder des Ausschusses hatten nicht einmal ihre Zustimmung dazu gegeben), so sah sich zuletzt die Linke in ihr eigenes Netz verstrickt, und mögen um dieses Umstandes willen denn wohl auch einige Stimmen, die sich des Stimmens ganz enthielten (das ist in solchen Fällen nach den Statuten gestattet) verloren gegangen sein. Allein auch abgesehen hiervon, würde dennoch die Mehrheit, wie schon die Abstimmung über die Trennung ergab, nicht anders ausgefallen sein; denn das war der Mehrheit jedenfalls einleuchtend geworden, daß der Wurm'sche Bericht geradezu nichts weiter, als eine einseitige Parteischrift war. Nicht der eigentliche von Deutschland klar bezeichnete Zweck des Krieges wurde festgehalten, sondern es wurde der ganze spätere Fortgang der revolutionären Bewegung (deren Errungenschaften allerdings beim definitiven Friedensschlusse mit in die Waagschale zu legen sein werden), schon jetzt auch dem Auslande gegenüber als Ausgangspunct genommen, der mögliche und wahrscheinliche Erfolg einer Verwerfung aber fast gar nicht beachtet. — —

— — Dabei bemerke ich in Bezug auf die Handlungsweise Preußens gegen das Reichsministerium



noch einen Umstand, der merkwürdiger Weise in der ganzen Debatte nicht angezogen ist, der mir aber schlagend zu sein scheint, nämlich daß die für Preußen ausgestellte Vollmacht ihrem ganzen Inhalte nach niemals darauf berechnet sein konnte, vorgezeigt zu werden; denn die Vollmacht enthielt zugleich ja eine Instruction für Preußen, die es ja doch unmöglich, wenn es sich nicht von vorn herein etwaige vortheilhafte Bedingungen abschneiden wollte, an Dänemark übergeben konnte. Daraus folgt denn aber um so mehr, daß das Reichsministerium damit einverstanden war, wenn Preußen selbstständig für sich handelte.

Wir müssen nun erleben, wie sich jetzt allmählich, nachdem einmal die Nationalversammlung eine bestimmte Entscheidung gefaßt, das Urtheil des Gesamtvolkcs verhält und berichtigt oder verwirft. Wahrscheinlich, daß es nicht ohne Stürme vorübergeht; denn wie die Nationalversammlung selbst in sich gespalten und geschieden war, so kann auch vielleicht dieselbe Spaltung in der Nation sich aufthun und weiter greifen, — ja es kann sich herausstellen, daß die jetzige Nationalversammlung überall gar nicht im Stande ist, das ihr übertragene Werk zu vollenden. Dann liegt aber die Schuld nicht an ihr, sondern daran, daß die Revolution in Deutschland zuvor noch erst gründlich weiter arbeiten muß. Ehe dies nicht geschehen, kann die Nat. Vers. ihre Mission — dieselbe war den republikanischen Umwälzungsgelüsten entgegengesetzt — unmöglich dahin umkehren, daß sie sich selber an die Spitze einer neuen Revolution stellt. Das will aber die Linke allerdings, und niemals ist man auf der Tribüne so deutlich damit hervorgetreten, als bei dieser Gelegenheit. Die Linke war freilich unfähig, ein Ministerium zu Stande zu bringen, aber vielleicht eben daher arbeitet sie auf einen „Konvent“ los, den Bogt auch schon ausdrücklich angepriesen hat. Selbst Schoder hat es bereits stark mit den Massen zu thun. — Die Linke sucht in aller Weise das eigentliche Verfassungswerk hinauszuschieben; sie will durch „Freiheit zur Einheit“, aber im Hintergrunde dieser Freiheit schlummert die Freiheit von den bisherigen Staatsformen. Die einzelnen Völkerstämme sollen sich erst Alles vom Leibe schütteln, und vermöge der

Republik glaubt man dann die Einheit erreichen zu können. Möglich ist es allerdings, daß die Nationalversammlung, wenn sie nicht auseinanderfällt, auch in der That allmählich sich zu einem Konvente umschmilzt: denn die Trennung in den verschiedenen Fractionen zeigt allerdings einen Fortgang zur Linken an.

#### Landtagsverhandlungen.

Den 19. September.

Zuvörderst ward regierungsseitig ein Antwortschreiben des Ministeriums mitgetheilt in Betreff der Beschlüsse der Versammlung zu den Art. 1—11. Hinsichtlich der Agnatenfrage wurden, da die Successionsverhältnisse als gegeben vorauszusetzen seien und die Regierungsfolge nicht erst einer Vereinbarung unterworfen werden könne, unter näherer Auseinandersetzung den Ständen die Bedenken dargelegt, die S. K. H. in Ihrem Gewissen verpflichten, den in Frage stehenden Anträgen nicht ohne die überwiegendsten Gründe Ihre Zustimmung zu ertheilen, weshalb eine schlüssige Erklärung einstweilen noch ausgesetzt wurde.

Wegen der Grenzverhältnisse des Art. 3. wurde eine verbesserte Fassung vorgeschlagen.

Zum Art. 4. lassen wir die Erklärung der Regierung, welche damit zugleich ihr politisches Glaubensbekenntnis abgegeben hat, hier wörtlich folgen:

„Insofern die Versammlung für überflüssig erachtet, in dem Ausdrucke „konstitutionell-monarchisch“ das Princip der Regierungsform zu bezeichnen, findet die Staatsregierung gegen das Wegfallen des Art. 4. nichts zu erinnern. Sie glaubt indes auch bei dieser Gelegenheit auszusprechen zu müssen, wie sie von der Ueberzeugung durchdrungen ist, daß gegenüber den Bewegungen der Zeit nur aus der konstitutionell-monarchischen Staatsform jene Regierung hervorgehen kann, die den Freiheiten des Volks wie der allgemeinen Ordnung und Sicherheit die Zukunft verbürgt. An dieser Ueberzeugung wird die Staatsregierung um so mehr festhalten, als die Abgeordneten auf den Grund des Gesetzes vom 26. Juni d. J. vom Volke gewählt und berufen sind, im Wege des Vertrags die Staatsverfassung des Großherzogthums

zu vereinbaren, wie sie einer konstitutionell-monarchischen Regierungsform entspricht“.

Wir hegen die Ueberzeugung, daß die große Mehrzahl der politisch Einsichtigen im Lande mit dieser Erklärung im vollkommensten Einverständnis sich befindet. So wenig wir eine offene oder versteckte Republik wollen, so gewiß wollen wir eine wahre und kräftige konstitutionelle Monarchie.

Gegen die übrigen Beschlüsse hatte die Regierung nichts zu erinnern.

Was die weiteren Verhandlungen anlangt, so haben wir heute nach der ausgesprochenen Ueberzeugung vieler eine höchst langweilige Sitzung gehabt. Gegenstand der Debatte war der Staatsdienst mit seinem geheimen Berichtswesen und seiner Anstellung auf Kündigung und seinen hohen Gehalten. Dabei war viel Popularität zu gewinnen, wenn die Sache bloß mit allgemeinen Redensarten behandelt wurde; es gehörte aber viel Sachkenntnis und nähere Einsicht in den Organismus des Staatsdienstes dazu, um ein richtiges Urtheil zu fällen und verständige Vorschläge zu machen.

#### Aufruf an alle Deutschen Brüder.

Als das deutsche Volk vor wenigen Monaten die Fesseln seiner Knechtschaft brach, da erkannte es mit sicherem Gefühle, daß die plötzlich errungene Freiheit, wenn sie festgestellt und für alle Folgezeit gesichert werden sollte, einer großen und starken Garantie bedürfe, einer bessern, als sie jemals im Deutschen Lande gewesen ist. Die Gründung eines großen, freien, volksthümlichen Bundesstaates erschien allen, denen die Freiheit und die Ehre des Vaterlandes am Herzen lag, als die Grundbedingung einer besseren und schöneren Zukunft des Vaterlandes. Und deshalb war das Deutsche Parlament das Zauberwort, welches die entfesselten Mächte der Revolution in friedliche Bahnen lenkte. Das Deutsche Volk hat seine Vertreter hingesandt und sie mit seiner Machtfülle bekleidet, damit das Werk, welches nur durch Ströme Blutes erreichbar schien, in Frieden und Versöhnung sich vollende. Aber je größer die Hoffnungen waren, womit die Blicke des Deutschen Volkes sich nach Frankfurt wandten, desto bitterer mußte der Schmerz sein, das große, hoffnungreiche Unternehmen schon

in seinem Beginne untergraben und vereitelt zu sehen. Eine engherzige und reactionäre Politik wagt es seit Monden schon, das Werk zu stören, welches die Hoffnungen der Guten erfüllen und die Pläne der Schlechten für ewig vernichten soll. Frecher und frecher erhebt die Reaction ihr Haupt; ohne Scheu wagt man es nun schon, der höchsten Gewalt des Reiches nicht zu gehorchen, und der Schimpf, den eine falsche und eigensüchtige Diplomatie jetzt vor der ganzen Welt dem Deutschen Reiche bereitet hat, mag uns ein Zeichen sein, wohin es bereits mit uns gekommen ist.

Jetzt ist es die Pflicht jedes Deutschen Mannes, für die Ehre seines Vaterlandes und für die Lebensfrage einer freien Zukunft mit Gut und Leben einzustehen. Eine nationale Bewegung muß sich bilden und die Hand sich reichen vom Belt bis zu den Alpen. Sie wird — das hoffen, das wissen wir — das ganze Volk ergreifen, wess Glaubens und Zeichens es auch sei. Mit der unwiderstehlichen Gewalt einer friedlichen, aber Alles umfassenden Agitation wird sie die Feinde des freien und einigen Deutschen Vaterlandes vernichten, sie wird die Deutsche Einheit zu einer Wahrheit machen und das Vaterland vor Gräuel und Verwirrung bewahren.

Schon haben sich in allen Gegenden unseres Vaterlands Vereine zu diesem Zwecke gebildet. Es gilt jetzt, sie zu verbreiten und zu vereinen.

Der unterzeichnete, aus mehr als 1000 Mitgliedern bestehende Bürgerverein zu Kassel hat heute beschlossen, sich an die leitenden Ausschüsse der in Deutschland bestehenden nationalen Vereine mit dem Ersuchen um eine allgemeine Vereinigung für Deutschland zu wenden. Er fordert jetzt seine Mitbürger, namentlich in Kurhessen, auf, zu gleichem Zwecke zu Vereinen zusammen zu treten.

Deshalbige Zuschriften möge man einstweilen an den Ausschuss richten. Den weiteren Erfolg seiner Bemühungen wird dieser dann in kürzester Frist durch Circularschreiben und öffentliche Bekanntmachung mittheilen.

Kassel, den 7. September 1848.

Für den Kasselschen Bürger-Verein:

Der beauftragte Ausschuss:

Alsberg. Hahndorf. Dr. Ad. Pfaff.

Scheller. Weibezahn.

## Kleine Chronik.

Auch dies Eine ist noth. — Unser Consistorium, welches sich jetzt der Schule besonders annehmen scheint, ja nach der Meinung einiger Geistlichen zu sehr annimmt, hat den Lehrern kürzlich eine bedeutende Gehaltserhöhung in nahe Aussicht gestellt. Da man jetzt anfängt, zu erkennen, daß wahre Bildung für jeden Menschen von der höchsten Wichtigkeit sei, so läßt sich mit Zuversicht erwarten, daß mit einer bedeutenden Erhöhung auch wirklich eine bedeutende Gehörung, wie sie die Lehrer bedürfen und verdienen, gemeint sei. Ich möchte hier indes doch noch die Frage aufwerfen: Denkt man auch an die als Hülfslehrer angestellten jungen Lehrer? Oder glaubt man noch, daß für diese 30 Mthlr. ein „nettes Capitalchen“ sei, während ein Großknecht doch in Zwerland 30 Mthlr. verdient. Muß bei einem solchen Gehalte der Berufseifer nicht sogleich erkalten? Kann man sich wundern, daß die jungen Lehrer so wenig Leben in den Conferenzen zeigen, wenn man bedenkt, daß sie sich schon in ihren jungen Jahren mit Sorgen um den nöthigen Unterhalt belästet fühlen, fast allen geselligen Freuden, die für sie von so großer Wichtigkeit sind, entsagen müssen und sich dennoch in ihrer Fortbildung des Geldes wegen gehemmt sehen? Grade die besseren, die das Bedürfnis der Fortbildung am tiefsten erkennen und fühlen, werden am ersten mit ihrer Lage unzufrieden sein müssen. Der junge Lehrer muß vor Allen viel auf seine Bildung verwenden; er muß sich die nöthigen Lehrmittel, die wichtigsten Erziehungsschriften anschaffen, Lehrgesellschaften betheiligen, Bildungs- und andern Vereinen angehören und sich durch Reisen ausbilden können. Er muß zuweilen heraus aus den Büchern, hinaus in die Welt und mit dem Bücherstudium das Weltstudium verbinden. So lernt er fremde Ansichten kennen, gewinnt eigene Anschauungen und Erfahrungen und bildet sich daraus seine eigene feste Ansicht. Hierzu sind aber mehr als 30 Mthlr., hierzu sind wenigstens 70 bis 80 Mthlr. für den Hülfslehrer nöthig. — Doch ich nehme hier für eine Einrichtung das Wort, welche eigentlich der Vergangenheit angehören sollte. Das ganze Gehülfs- oder Helferswesen muß eigentlich aufhören; an die Stelle der jetzigen Gehülfsen müssen überall tüchtige und darum auch selbständige Lehrer treten, denn das jetzige Gehülfswesen ist ein Hemmschuh für die Volksbildung und somit auch für Volkswohlfahrt und Volksfreiheit. Auch in den Unterlassen dürfen keine sechzehnährige Seminaristen, sondern müssen theoretisch und praktisch gebildete Lehrer sein, denn die Unterklasse verlangt grade einen Erzieher; auch hier müssen die Lehrer als freie Männer stehen, denn nur Freie können zur Freiheit erziehen; auch die Unterlassen-Lehrer müssen wie die übrigen von der Gemeinde gewählt werden, denn auch zu ihnen muß sie Vertrauen haben können. Eine solche Reform würde freilich mit bedeutenden Kosten verbunden sein, doch mit ihr würden viele Uebel auf einmal aus dem Wege geräumt werden. Die Sorge für Volksbildung ist ja auch vernunftgemäß die erste Aufgabe des Staats, da ohne sie weder Freiheit noch Wohlfahrt bestehen kann. Ein Thaler, den man hier zu erkaufern sucht, muß an Bettler und Verbrecher zehnmal wieder vergeudet werden.

### Die Schweiz und die sächsische Schweiz.

(Aus dem Frankfurter Conversations-Blatt.)

Ha gehört 's geb' noch en Ländli Schwyz  
 Uf uners Herr Gott's Erde,  
 I frage gli: Wo us? Wo lit's?  
 Muß luege, wie's mag werde.

Das Ländli mögt i ebbe gseh,  
 E Schwyz, sell wett' i, git's nit meh.

I griffe zue mim Wanderstab,  
 De Bündel ufem Rucke,  
 Und lauf berguf und lauf bergab,  
 Und über Thal und Brucke,  
 Viel Tage und viel Stunde wit,  
 Bis endli 's Ländli vor mer lit.

Do stand i denn am Breibischthor,  
 Und lueg i's Ländli uf;  
 Viel Berge gseht me, sell isch woht,  
 Und Nebel, 's isch e Gruse!  
 Doch wie me lueg, und wie mer stand, —  
 Me isch doch nit im Schwyzerland.

Mer hört kein Zohle und kei Müt,  
 Kei See mag i erschau;  
 En andri Sproch und andri Lüt,  
 Und ach, ihr schöne blaue  
 Berguldti Gletscher, wie Krystall,  
 Umsonst suech i eu überall! —

Au das isch anders wie daheim —  
 Doch han i nit derwider —  
 Es folget Alles numme\*) Gim,  
 Er isch zwor guet und bieder;  
 Doch mir sys eben anders g'woht,  
 Wo d' Freiheit uf de Berge thront.

Indesse seug es, wie es will,  
 Es glalt mer doch do obe,  
 Und will am Sunig fyrli-sill  
 De Herr und Schöpfer lobe,  
 De zwor nur einosht d' Schwyz hat g'macht,  
 Des Sunne doch zentumme\*\*) lacht.

Helvetius. \*\*\*)

\*) nur.

\*\*) überall.

\*\*\*) Wir verdanken obiges Gedicht der freundlichen Mittheilung des Herrn August Boden, der dasselbe mit folgender Anmerkung begleitet hat: „Dies Gedicht wurde in den zwanziger Jahren von einem damals in Jena studirenden, höchst gebildeten und edeln Freund und Landsmann, dem leider schon 1837 verstorbenen Consistorialassessor Hofprediger Friedrich zu Oldenburg, auf einer Reise in die sächsische Schweiz aus einem jener Bücher, wie sie in manchen Gegenden an merkwürdigen Punkten für die Besucher zum Einschreiben ihrer Namen und Gedanken aufzuliegen pflegen, abgeschrieben und von ihm mir mitgetheilt. Ich wüßte nicht, daß dasselbe schon bekannt geworden wäre.“

D. Red. v. F. G. Bl.

### Kirchennachricht.

|   |             |
|---|-------------|
| Frühpredigt: Herr Pastor Gröning.         | Anf. 8 Uhr. |
| Hauptpredigt: „ Pastor Iksel von Heppens. | „ 9 1/2 „   |
| Nachm.-Pred.: „ Candidat Arens.           | „ 2 „       |

Redacteur: J. Bartelmann. — Verlag und Schnellpressendruck von Gerhard Stalling in Oldenburg.

Von dieser Zeitschrift erscheinen wöchentlich zwei Nummern, jede zu mindestens  $\frac{1}{2}$  Bogen.

# Neue Blätter

Preis des Jahrgangs 2 Nthlr. Courant; mit Porto, soweit die Großh. Oldenb. Posten gehen, 2 Nthlr. 24 gr. Courant.

für

## Stadt und Land.

Sechster Jahrgang.

Mittwoch, 27. September.

1848.

N<sup>o</sup> 78.

### Landtagsverhandlungen.

Den 20. September.

Heute ward eine wahre Schlacht geliefert. Es galt die Frage: ob directe oder indirecte Wahlen? Die Verhandlungen waren interessant, die Kämpfe voller Leidenschaft. Wir haben schon früher unsere Zweifel ausgesprochen, ob die Versammlung auch in allen Fragen die Prinzipien der Demokratie so entschieden anwenden werde, wie der Exekutive gegenüber. Sie hat hier entschieden nach dem Prinzip der Zweckmäßigkeit, indem sie die directen Wahlen verwarf. Hoffentlich wird dies Prinzip auch auf andern Gebieten nicht vergessen werden; denn alle Gebiete des Staatslebens fordern Rücksichtnahme auf die Zweckmäßigkeit. Die für directe Wahlen angeführten Gründe, daß die ganze Volksmasse politisch genug durchgebildet sei (Wibel, Kloster), daß jedenfalls die Vernunft sich manifestiren werde (Dannenberg), haben wenig Ueberzeugendes; es sind Hoffnungen und keine Gewissheiten, und ein Experiment ist gefährlich. Directe Wahlen, wie sie das streng demokratische Prinzip fordert und immer gefordert hat, haben überall ein Gegengewicht verlangt. Es wäre thöricht, dies Gegengewicht in diesem Augenblicke in der Regierung finden zu wollen, deren Macht, so weit sich voraussehn läßt, keine sehr weite Grenzen werden gezogen werden. So hat man denn zu indirecten Wahlen gegriffen, welche, durch kein Prinzip gerechtfertigt, nur ein Nothbehelf kleiner Staa-

ten sind, in denen nur Eine Kammer möglich ist, und die doch Beschränkung des Wahlrechtes durch den Census als einseitig und ungenügend verwerfen.

Es ward namentlich abgestimmt. Die Abgeordneten: Kih, Lindemann, v. Lindern, Naecher, Schulze, v. Thünen, Böckers, Wibel I., Wibel II., Böckel, Brader, Kloster, Dannenberg und Görlitz, also 14 stimmten für, die übrigen 20 Abgeordneten gegen directe Wahlen.

Dann ward noch festgesetzt, daß schon auf je 6000 Einwohner ein Abgeordneter gewählt werden solle, ein Beschluß, der unseren vollen Beifall hat.

Den 21. September.

Heute wurden die Art. 103—110. ohne wesentliche Aenderung angenommen.

Zum Art. 109. erklärte man sich mit einem neuen Antrage der Regierung einverstanden.

Zum Art. 108. ward noch bestimmt, daß schon jede Gehaltsverbesserung eines Beamten ihn zwingen solle, die Stelle eines Abgeordneten niederzulegen. Die Versammlung schien auf diesen Art. viel Gewicht zu legen als Sicherheitsmittel gegen die Regierung. Uns will der ganze Artikel als ein zweischneidiges Schwert erscheinen, welches von der Regierung auch gegen die Stände gebraucht werden könnte.

Den 23. und 24. September beschäftigte sich der Landtag mit der Birkenfelder Frage, worüber die Entscheidung bis hiezu war aus-

